

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Sowjetischen Besatzungszone wurde ein damals 14 Jahre altes Mädchen zu acht Jahren Haft verurteilt, weil es in jugendlichem Leichtsinn auf ein Porträt von Stalin mit einem Lippenstift eine Schleife gemalt hat. In den 1970er-Jahren wurde in der DDR eine junge Frau, damals 17 Jahre alt, im Vogtland verhaftet, weil sie auf die Straße geschrieben hat: „Wir wollen die Wiedervereinigung.“ Sie wurde dafür drei Jahre unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert.

Etliche Menschen haben in der DDR die Ausübung ihrer freien Meinung bitter bezahlt. Sicherlich war das auch ein Grund, weshalb sich 1989 die Menschen auf der Straße erhoben haben. Heute, 25 Jahre später, haben wir die Meinungsfreiheit, und sie wird auf vielfältige Weise genutzt. Sie wird genutzt von Wolf Biermann, wenn er im Bundestag die Partei DIE LINKE beleidigt und beschimpft. Man kann das gut oder schlecht finden. Trotzdem muss man am Ende sagen: Ich lebe gerne in einem Land, in dem das für ihn möglich ist, auch wenn ich das nicht teilen muss.

Es wird auch von Menschen in Internetforen genutzt. Da allerdings stelle ich fest, dass die Meinungsfreiheit sehr interessante, doch für mich sehr unschöne Blüten treibt; denn die Anonymität des Internets macht es möglich, Leute rassistisch, homophob und anderweitig zu beleidigen. Auch das ist die Meinungsfreiheit, die es heute gibt und mit der wir umgehen müssen.

Was ich allerdings überhaupt nicht sehe, ist, dass die Meinungsfreiheit in irgendeiner Art und Weise beschnitten oder infrage gestellt wird. Deswegen sage ich zu dieser Aktuellen Debatte, dass ich gar nicht weiß, wo Ihr Problem im Moment liegt.

Die AfD erklärt es zum Problem, dass wir um die Meinungsfreiheit fürchten müssten. Was ist denn unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit bisher von der AfD geäußert worden? Ich habe Äußerungen von völkisch rassistisch motivierten Burschenschaftlern, Äußerungen aus den Reihen der AfD, die feindlich und diskriminierend gegenüber Menschen mit Behinderungen waren, gehört.

*(Zuruf von der AfD: Dummes Geschwätz!)*

Das ist also die Art, wie von der AfD von der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht wird. Davon sollten wir uns doch alle als Demokraten ausdrücklich distanzieren.

Sie nehmen Bezug auf die friedliche Revolution. Das machen im Moment viele. Der Kampf um die Deutungshoheit zum Geist von 1989 ist ja längst entbrannt. Ich sehe allerdings, wenn ich mir diese von Ihnen bisher vertretenen Werte und

die Werte der friedlichen Revolution anschauen, hier leider keinerlei Parallelen. Für mich haben die AfD und die friedliche Revolution inhaltlich nichts miteinander zu tun.

*(Beifall bei der SPD, den LINKEN und den GRÜNEN – Dr. Frauke Petry, AfD: Wie alt waren Sie denn 1989?)*

Die Beweggründe der Demonstranten 1989 waren damals sehr heterogen. Deswegen glaube ich auch, dass es nicht klug wäre, wenn wir im Saal für irgendeine Partei oder irgendeine politische Strömung oder bestimmte Personen einen Alleinvertretungsanspruch auf den Geist von 1989 erheben könnten.

Es gab allerdings einen ganz zentralen Wert der friedlichen Revolution, den viele Menschen, vor allem aber die kirchliche Opposition vertreten haben. Das war die Freiheit der Ausübung der Religionen. In der DDR mussten viele Menschen mit Schwierigkeiten rechnen, zum Beispiel Behinderung auf ihrem Bildungsweg, wenn sie aus ihrem Glauben keinen Hehl gemacht haben. Da sind ihnen viele Steine in den Weg gelegt worden. Sie haben 1989 demonstriert. Ich habe zum Beispiel vor eineinhalb Wochen auf einer Anti-Pegida-Demonstration bzw. auf einer Gegendemonstration zu den „Besorgten Chemnitzern“ etliche Vertreter der Bonhoeffer-Gemeinde in Chemnitz gesehen, die damals 1989 für Menschenrechte und für die Ausübung der Religionsfreiheit demonstriert haben und die das heute genauso tun. Vereinnahmen Sie diese Menschen bitte nicht für sich! Sie stehen heute auf derselben Seite der Barrikade, nämlich auf der Seite der Menschlichkeit.

Frau Petry, Sie haben in der Debatte zu 25 Jahre friedliche Revolution beklagt, dass wir in Deutschland ein sehr großes Problem mit der Political Correctness hätten, dass das ein gesellschaftliches Problem wäre und man bestimmte Sachen so nicht sagen dürfe. Ich habe neulich einmal auf die Internetseite der Stadt Chemnitz geschaut, auf der es einen Aufruf gab, Asylbewerber mit kleinen Weihnachtsgeschenken zu bedenken. Dieser Aufruf stand keine zehn Minuten im Internet, da geschah Folgendes: Er wurde völlig mit rassistischen und diskriminierenden Kommentaren überschüttet. Das Problem in Deutschland heißt nicht Political Correctness, sondern Rassismus, das sage ich Ihnen.